

sehen Sowjetrepubliken, ein Abkommen auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit abzuschließen. Sie sprechen die Erwartung aus, daß auch seitens der USA die Bereitschaft gezeigt wird, realistische Positionen bei der Einstellung des nuklearen Wettrüstens einzunehmen. Die Deutsche Demokratische Republik und die Mongolische Volksrepublik treten für den baldigen Abschluß von Abkommen über die Einstellung aller Kernwaffenversuche, über das Verbot der Entwicklung und Herstellung chemischer Waffen sowie neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen ein. Beide Seiten unterstreichen die große Bedeutung der Stärkung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Von aktueller Bedeutung ist der Beitritt aller Staaten zur Konvention über das Verbot der militärischen oder sonstigen feindseligen Anwendung von Mitteln der Umweitveränderung.

Beide Seiten halten es für notwendig, daß alle Staaten, insbesondere aber die kernwaffenbesitzenden, ihren konstruktiven Beitrag zur Abrüstung leisten.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Mongolische Volksrepublik treten für die baldige Durchführung einer Weltabrüstungskonferenz unter Beteiligung aller Staaten ein. Sie betrachten die Durchführung der UNO-Sondertagung zu Abrüstungsfragen als einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zur Einberufung einer solchen Konferenz.

Beide Seiten sprachen sich für effektive Ergebnisse der in Wien stattfindenden Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa unter Beachtung des Prinzips der unverminderten Sicherheit aus. Die Mongolische Volksrepublik unterstützt die realistischen Vorschläge der sozialistischen Teilnehmerstaaten an diesen Verhandlungen.

Beide Seiten setzen sich für den Abschluß eines weltweiten Vertrages über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen ein und sehen den von der Sowjetunion vorgelegten Entwurf eines solchen Vertrages als eine gute Grundlage an, eine allgemeine Übereinkunft zu erreichen.

Beide Delegationen äußern ihre Besorgnis über die zunehmenden Aktivitäten der Entspannungsgegner. Sie unterstreichen, daß die Stabilisierung der politischen Entspannung und ihre Ergänzung durch Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung einen konsequenten Kampf gegen die Kräfte der Reaktion, des Militarismus, Revanchismus und Neonazismus erfordern. Entschieden wenden sie sich gegen alle Versuche imperialistischer und revanchistischer Kreise, die Souveränität der Staaten, die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Zweifel zu ziehen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Eine für alle Völker vorteilhafte Zusammenarbeit kann sich nur auf die uneingeschränkte Achtung der geltenden Prinzipien und Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen stützen.

Beide Seiten messen der strikten Erfüllung der Verträge zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland für